

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #19

Oktober 2019

Landtagswahl Thüringen 2019

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

Das **boell.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.

Das **boell.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabegesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».

Datengrundlage

Die Schnellanalyse zur Landtagswahl Thüringen basiert, soweit nicht anders angegeben, auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD und Forschungsgruppe Wahlen sowie auf Daten des Landeswahlleiters.

Dank

Dieser boell.brief ist unter Mitarbeit von Jana Heyde und Ole Meinefeld entstanden – dafür herzlichen Dank!

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung.....	3
2	Wahlergebnis.....	4
2.1	Stimmverteilung	4
2.2	Sitzverteilung, Koalitionsperspektiven und Repräsentation von Frauen	5
3	Politische Stimmung vor der Wahl	7
3.1	Allgemeine Stimmung und Regierungszufriedenheit.....	7
3.2	Themen und Kompetenzzuschreibung	8
4	Wahlverhalten im Detail	9
4.1	Motive der Wahlentscheidung.....	9
4.2	Wählerwanderung	10
4.3	Soziodemographische Befunde	10
4.4	Regionale Befunde.....	11
5	Anhang: Wählerwanderung im Detail.....	13

1 Zusammenfassung

› Wahlergebnis & Wahlbeteiligung ‹

Mit der Wahl verändert sich der Parteienwettbewerb in Thüringen. Mit Linke, CDU und AfD bestimmen drei wechselseitig koalitionsunwillige Parteien das politische System. Die bisherige rot-rot-grüne Regierung verliert ihre Mehrheit. Die Linke profitiert von ihrem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und wird erstmalig stärkste Kraft, mit historisch gutem Ergebnis. Die beiden Koalitionspartner SPD und Grüne verlieren prozentual (die SPD bei absoluten Stimmverlusten, die Grünen bei absoluten Stimmzuwächsen). Deutliche Machtverschiebungen zeigen sich im bisherigen Oppositionslager: Die CDU verliert massiv, die AfD kann sich deutlich verdoppeln und profitiert insbesondere von der gestiegenen Wahlbeteiligung. Denkbar knapp mit 5,0005 Prozent Stimmanteil gelingt der FDP der Einzug in den Landtag. Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung war auch bei der Landtagswahl in Thüringen deutlich. Mit knapp 65 Prozent ist die Wahlbeteiligung um rund 12 Prozentpunkte höher als 2014 und in etwa auf dem Niveau der Europawahl 2019.

› Parlament & Regierungsbildung ‹

Im Landtag sind nun sechs Parteien vertreten, wobei Linke, AfD, CDU und SPD Direktmandate erzielen. 29 Mandate entfallen auf die Linke (+1), 22 auf die AfD (+11), 21 auf die CDU (-13), 8 auf die SPD (-4) und jeweils 5 auf Grüne (-1) und FDP (+5). Mit 90 Abgeordneten hat sich der Landtag um ein Mandat verkleinert und liegt damit nur unwesentlich über der Regelstärke von 88 Sitzen. Mit diesem Ergebnis wird eine schwierige Regierungsbildung erwartet. Die bisher mit einer ein-Stimmen-Mehrheit regierende Linke-SPD-Grüne-Regierung ist abgewählt. Politische gewünschte Mehrheiten sind nicht realisierbar, da mit Linke, AfD und CDU drei wechselseitig koalitionsunwillige Parteien eine Mehrheitsfindung ermöglichen müssten. Alternativ wäre eine Minderheitsregierung oder eine vier-Parteien-Koalition von Linke, SPD, Grünen und FDP möglich. Noch am Wahlabend wurden von Bundes- und Landesparteiateuren verschiedene Optionen ausgeschlossen, es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich Personen- und damit Koalitionskonstellationen nach der Wahl neu sortieren. Vorerst ist die Regierungsführung gesichert, u.a. durch den bereits verabschiedeten Landeshaushalt 2020.

› Politische Stimmung & Wahlmotive ‹

Die Stimmung vor der Landtagswahl ist von einer guten Regierungszufriedenheit, einer hohen Bewertung des Ministerpräsidenten und einer geringen Bedeutung ökonomischer Fragen geprägt. Entscheidend sind gesellschaftspolitische Sorgen und eine ost-identitäre Gefühlslage. Wie bei vorherigen Wahlen zeichnen sich AfD-Wähler/innen durch eine besonders skeptische Perspektive aus. Thematisch spielen für die Wahlentscheidung der Thüringer/innen die Fragen soziale Sicherheit, Bildung, Löhne/Rente und Wirtschaft eine insgesamt wichtige Rolle, dazu kommen innere Sicherheit, Umwelt/Klima und Zuwanderung. Dabei zeigen sich zwischen den Parteianhänger/innen deutliche Unterschiede in den Themen, die zur Wahlentscheidung führen.

› Regionale Spaltungen & soziodemografische Aspekte ‹

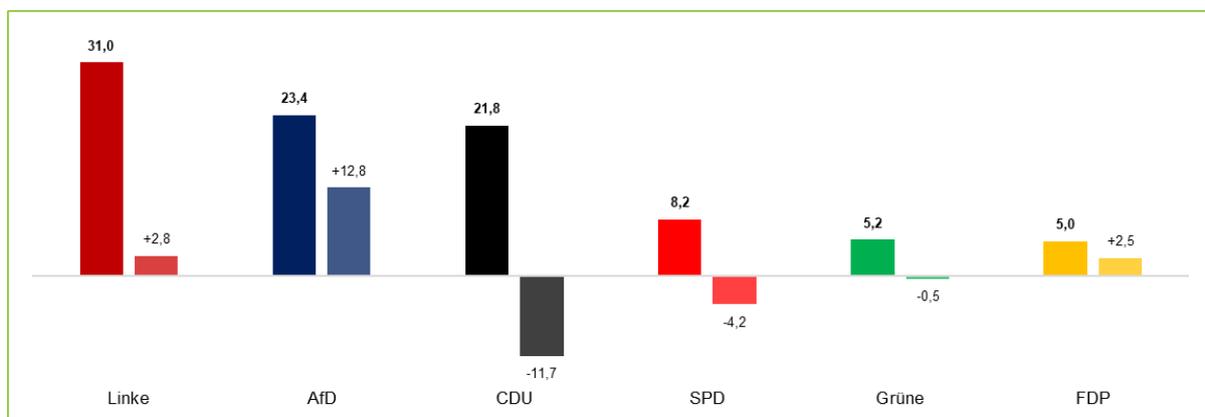
Die stärksten Unterschiede zeigen sich zwischen AfD und Grünen: Während die AfD vor allem männliche Wähler in strukturschwach-ländlichen Regionen für sich gewinnt, liegt die Stärke der Grünen in jüngeren, urbanen Wählermilieus, wobei sie überdurchschnittlich stark von Frauen gewählt werden. Der Linken gelingt es, vor allem bei älteren Wähler/innen zu punkten. Zugleich gelingt es ihr, sowohl in leicht wie auch besonders stark schrumpfenden Regionen die Wähler/innen zu erreichen – dies ist die Voraussetzung für ihren insgesamt historischen Wahlerfolg in Thüringen.

2 Wahlergebnis

2.1 Stimmverteilung

Ministerpräsident Bodo Ramelow ist es gelungen, seine Partei erstmals als stärkste Kraft im Land zu etablieren und nach fünf Jahren Regierungsarbeit deutlich an Stimmen hinzuzugewinnen (31 Prozent; +2,8 Punkte; Abbildung 1). Dennoch verliert er seine Regierungsmehrheit, da die Regierungspartner SPD und Grüne an relativer Zustimmung verlieren (die SPD mit absoluten Stimmverlusten, die Grünen mit absoluten Zuwächsen). Neu sortiert hat sich das Kräfteverhältnis mitte-rechts: Die CDU, die von 1990 bis 2014 stets den Ministerpräsidenten stellte, rutscht auf den dritten Platz ab (-11,7 Punkte), wohingegen die AfD stark gewinnt und damit zweite Kraft im Land wird. Mit 5,0005 Prozent ist nun auch die FDP im Landtag vertreten.

Abbildung 1: Wahlergebnis Thüringen 2019

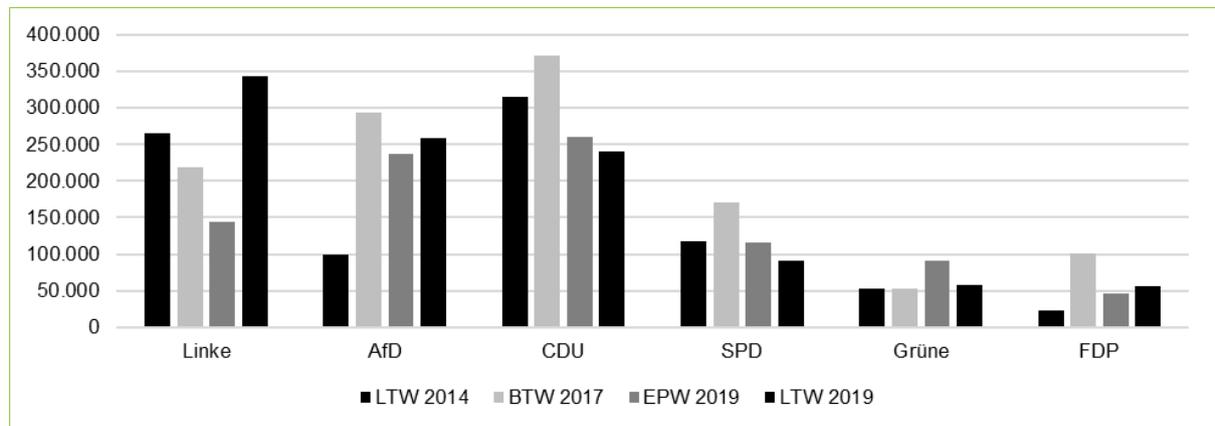


Ergebnisse der Landtagswahl (Zweitstimmenanteile in Prozent; Vorläufiges amtliches Endergebnis; Veränderungen zur Landtagswahl 2014 in Prozentpunkten (gerundet); Datengrundlage: Landeswahlleiter.

Die Wahlbeteiligung ist mit 64,9 Prozent um 12,2 Prozentpunkte gestiegen (Beteiligung Thüringen Europawahl 2019: 61,5 Prozent, Bundestagswahl 2017: 74,3 Prozent). Von der gestiegenen Beteiligung profitierten jedoch nicht alle Parteien. CDU und SPD verzeichnen absolute Stimmverluste, wohingegen FDP, Linke und vor allem die AfD sehr viel mehr Wähler/innen für sich gewinnen. Somit lohnt sich ein genauerer Blick auf die absoluten Stimmen (Abbildung 2). Wurde bei der Europawahl noch die CDU vor der AfD stärkste Kraft im Bundesland, so dominiert nun die Linke deutlich. Hier zeigt sich bereits die Bedeutung Bodo Ramelows für das Wahlergebnis der Linken – die Landtagswahl ist zuvorderst eine Entscheidung über den Ministerpräsidenten, der von seinem Amtsbonus klar profitiert. Aber auch mit Blick auf die AfD ist das Ergebnis bemerkenswert: Nach knapp 100.000 Stimmen bei der Landtagswahl 2014 bewegt sie sich seit der Bundestagswahl 2017 über die Europawahl 2019 hin zur Landtagswahl im Bereich von etwa 294.000, 237.000 bzw. nun 259.000 Stimmen – bei unterschiedlichen Wahlbeteiligungen ist ihr Stimmergebnis damit vergleichsweise stabil, was für eine im Aggregat derzeit recht feste Wählerbasis spricht. Ebenso deutlich sind die absoluten Verluste von CDU und SPD, deren Ergebnis sowohl unter der Berliner Koalition wie unter landesspezifischen Faktoren litt. Der Blick auf die Thüringer Grünen hingegen zeigt, dass sich diese – mit Ausnahme der Europawahl – in einem stabilen Korridor von rund 53 - 57.000 Stimmen bewegen. Damit verlieren sie nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung zwar nicht absolut an Stimmen, aber in Zeiten steigender Wahlbeteiligung an relativer Zustimmung. So gelingt ihnen trotz eher durchwachsender Regierungsbilanz (vgl. Kompetenzzuschreibung) durch den positiven Bundestrend der Wiedereinzug in den Landtag. Deutliche absolute Zugewinne vor allem im Vergleich zu 2014 verzeichnet die FDP. Hier zeigt sich, dass bei Wahlen jede Stimme zählt:

Gerade fünf Stimmen sichern ihr das Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde und damit den Einzug in den Thüringer Landtag.

Abbildung 2: Absolute Stimmergebnisse im Vergleich



Absolute (Zweit-/Landes-)Stimmen der Landtagswahlen 2014/2019 sowie der Bundestagswahl 2017 sowie der Europawahl 2019 im Vergleich; Datengrundlage: Landeswahlleiter.

2.2 Sitzverteilung, Koalitionsperspektiven und Repräsentation von Frauen

Im Parlament sind mit Linke, CDU, AfD, SPD, Grünen und FDP nunmehr sechs Parteien vertreten (Tabelle 1).¹ Dabei haben sich die Machtverhältnisse deutlich verschoben, insbesondere der Erfolg der AfD verändert die Machtverhältnisse im Mitte-Rechts-Bereich. Die CDU, bis 2004 mit Abstand und bis 2014 noch deutlich stärkste Kraft im Land, ist nunmehr auf Platz drei abgerutscht. Die AfD hingegen hat sich deutlich auf Platz zwei im Land positioniert. Die FDP ist wieder, zum nunmehr dritten Mal seit 1990, im Landtag vertreten.

Links der Mitte hat sich die Lage ebenfalls nachhaltig verändert. Die SPD verliert erneut an Rückhalt und ist von ehemaligen Spitzenwerten weit entfernt. Die Grünen erreichen nur knapp den Wiedereinzug in den Landtag und bewegen sich damit seit 1990 in einem meist Korridor von 4 bis 6 Prozent. Die Linke setzt ihren seit 1990 kontinuierlichen Aufwuchs fort. Sie wird erstmals stärkste Kraft im Land und dominiert in Thüringen nun klar das Feld Mitte-Links.

Tabelle 1: Sitzverteilung

	Sitzverteilung		
	Sitze	davon direkt	Gewinn/Verlust
Linke	29	11	+1
CDU	21	21	-13
AfD	22	11	+11
SPD	8	1	-4
Grüne	5	0	-1
FDP	5	0	+5
Insgesamt	90	44	-1

Sitze (absolut); Quelle: Landeswahlleiter (vorläufiges Endergebnis) und eigene Erhebungen.

¹ Der Thüringer Landtag besteht aus mindestens 88 Sitzen, wobei 44 Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben werden. Gewinnt eine Partei mehr Wahlkreis-Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, erhalten die übrigen Parteien Ausgleichsmandate. Wie bei der Bundestagswahl hat jede/r Wähler/in zwei Stimmen (Wahlkreis- und Landesstimme). Das aktive und passive Wahlrecht liegt bei 18 Jahren. Die Sperrklausel liegt bei 5 Prozent. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre.

Mit der Wahl hat die bisherige Regierungskoalition von Linke, SPD und Grünen ihre Mehrheit verloren. Damit stellt sich nun die Frage nach künftigen Regierungsmehrheiten im Land. Diese Frage ist schwierig zu beantworten, die Regierungsbildung wird sich kompliziert gestalten. Ein Novum und zentrales Problem für die bundesdeutsche Koalitionsbildungslogik ist die Strukturierung des neuen Thüringer Parteiensystems: Mit Linke, AfD und CDU erreichen drei Parteien gemeinsam rund drei Viertel der Stimmen, sind aber wechselseitig in nur geringem Maße – soweit überhaupt – gewillt, eine Koalition miteinander einzugehen. Dies stellt die Regierungsbildung, die in Deutschland in der Regel in Form einer Minimal-Winning-Koalition angestrebt wird, vor grundlegende Herausforderungen. Eine zwei- oder drei-Parteien-Koalition ist zumindest unmittelbar nach der Wahl nicht in Sicht, aber auch eine vier-Parteien-Koalition von Linke, SPD, Grünen und FDP erscheint nicht erreichbar. Im Raum steht auch eine Minderheitsregierung unter Bodo Ramelow, was aus rechtlichen Gründen zunächst unproblematisch ist, zumal die rot-rot-grüne Landesregierung bereits einen Landeshaushalt 2020 verabschiedet hat, so dass die Regierungsfähigkeit vorerst nicht gefährdet ist. Zahlreiche Koalitionsausschlüsse von Bundes- und Landespolitikern im Vorfeld der Wahl sowie am Wahlabend selbst erschweren jedoch die weitere Regierungsbildung, wenngleich sich das Feld in den nächsten Tagen noch sortieren dürfte, da auch personelle Änderungen auf Landesebene nicht unwahrscheinlich sind – und sich damit neuen Optionen für neue Koalitions- oder Tolerierungsmodelle ergeben könnten. Wählerseitig sind dabei neue Antworten unter andauernder Beteiligung der Linken gefragt. So sehen knapp 60 Prozent der Thüringer/innen und immerhin fast die Hälfte der CDU-Anhänger/innen die Entscheidung der CDU, eine Koalition mit der Linken abzulehnen, kritisch (FGW Wahlberichterstattung), zugleich kann diese Konstellation aber wie auch alle anderen Optionen zumindest vor der Wahl noch keine Überzeugungskraft entfalten (infratest Wahlberichterstattung). Klar ist lediglich die mehrheitliche Ablehnung einer AfD-Regierungsbeteiligung (FGW und infratest Wahlberichterstattung). Sicher ist damit zunächst nur, dass in Thüringen keine je zuvor in der Bundesrepublik gebildete Regierungskoalition über eine Parlamentsmehrheit verfügte – es wird also zwangsläufig zu neuen Lösungen kommen müssen (für eine umfassende Analyse der Bündnisoptionen und die Option wechselnder Mehrheiten siehe Stecker/Däubler, www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/koalomat_th2019.html).

Mit den Verschiebungen zwischen den Parteien gehen deutliche Veränderungen in der deskriptiven Repräsentation von Frauen einher (Tabelle 2). Mit zuletzt gut 40 Prozent Frauenanteil lag der Thüringer Landtag bislang an der Spitze im Bundesländervergleich. Im neuen Thüringer Landtag sinkt der Anteil an weiblichen Abgeordneten auf 31 Prozent. Damit ist der Anteil zwar höher als im Feld der Bewerber/innen, gleichwohl sind weniger als ein Drittel der künftigen Abgeordneten Frauen. Ursächlich für dieses Ungleichgewicht sind vor allem AfD und CDU. Bei der AfD sind Frauen im Feld der Bewerber/innen ebenso wie im Parlament stark unterrepräsentiert. Bei der CDU liegt der dramatisch niedrige Frauenanteil an den gewählten Abgeordneten daran, dass die CDU nur noch über die Wahlkreise Abgeordnete entsendet, und dabei werden häufiger Männer als Frauen nominiert.

Tabelle 2: Repräsentation von Frauen

	Bewerber/innen			Mandatsträger/innen		
	Männer	Frauen	Frauenanteil	Männer	Frauen	Frauenanteil
Linke	30	21	41,2	15	14	48,3
AfD	42	6	12,5	19	3	13,6
CDU	56	33	37,1	19	2	9,5
SPD	33	19	36,5	4	4	50,0
Grüne	27	18	40,0	2	3	60,0
FDP	49	11	18,3	3	2	40,0
Sonstige	128	26	16,9	—	—	—
Insgesamt	365	134	26,9	62	28	31,1

Bewerber/innen (gesamt; absolut) sowie Mandatsträger/innen nach Wahl 2019 (absolut; Anteil in Prozent; vorl. Endergebnis); Quelle: Landeswahlleiter.

3 Politische Stimmung vor der Wahl

3.1 Allgemeine Stimmung und Regierungszufriedenheit

Die Stimmung vor der Wahl in Thüringen ist derjenigen von Brandenburg und Sachsen vor der Wahl ähnlich (hier und nachfolgend: infratest dimap Vorwahl-Analyse). Erneut spielen ökonomische Faktoren eine geringe Rolle, die wirtschaftliche Lage im Land ist insgesamt positiv und wird auch so von Seiten der Bevölkerung bewertet: Zwei Drittel der Thüringer/innen beurteilen die konjunkturelle Lage im Land (sehr) gut (67 Prozent; 2014: 67, 2009: 31, 2004: 16 Prozent). Auch die Entwicklung der Lebensumstände wird alles in allem positiv bewertet, sowohl allgemein für das Wohnumfeld wie auch individuell. Insgesamt sehen nur 13 Prozent, dass sich die Lebensumstände im Wohnumfeld verschlechtert haben, und dies obwohl Thüringen insgesamt eine bevölkerungstechnisch schrumpfende Region ist. Allerdings werden im Detail, etwa mit Blick auf die Ärzteversorgung, den öffentlichen Nahverkehr oder die Polizeipräsenz, regionale Verschlechterungen deutlich wahrgenommen. Dennoch sehen die Thüringer/innen ihrer individuellen Zukunft positiv entgegen. 69 Prozent sind kaum oder gar nicht in Sorge, dass sich ihr Lebensstandard künftig verschlechtern könnte. Allerdings zeigen sich hier bereits Unterschiede zwischen Wählergruppen, bei Anhänger/innen der AfD sind immerhin 50 Prozent individuell-ökonomisch besorgt (Linke bis CDU: 29 bis 18 Prozent).

Wie auch in Brandenburg und Sachsen spielt die Ost-West-Frage sowie die wahrgenommene relative Deprivation im innerdeutschen Vergleich eine wichtige Rolle. 30 Jahre nach der Öffnung der innerdeutschen Grenzen spielt die Ost-West-Unterscheidung für eine deutliche Mehrheit keine Rolle mehr, doch zugleich sind drei Viertel der Ansicht, dass Politik und Wirtschaft zu stark von Westdeutschen bestimmt würden und dass Ostdeutsche an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse seien. Diese Wahrnehmung erlaubt es nicht zuletzt der AfD, im Wahlkampf mit ost-identitären Zuspitzungen erfolgreich zu werben und sich so als ostdeutsche Interessenvertretung neben der Linken zu etablieren (vgl. 3.2).

Darüber hinaus ist der Wahlkampf von verschiedenen landes- und bundespolitischen Aspekten geprägt. Neben der als sehr schlecht wahrgenommenen Performanz der Großen Koalition im Bund und den offenen Personalfragen in CDU und SPD sorgen sich die Thüringer/innen um verschiedene Themen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. So wurde bundesweit etwa über Drohungen gegen Landespolitiker/innen berichtet, was gerade im Kontext der jüngsten rechtsextremen Anschläge von Bedeutung gewesen sein dürfte. Ausdruck findet dies in der Sorge um eine Zunahme politisch motivierter Übergriffe und Anschläge ((sehr) große Sorge vor Zunahme: 80 Prozent). Dazu kommen Sorgen um den Klimawandel und die innere Sicherheit (65/64 Prozent), um einen zu großen Einfluss des Islams (54 Prozent) sowie einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache bzw. die Art und Weise, wie sich das Leben in Deutschland darstellt (48/46 Prozent). Diese Werte verdeutlichen vor allem, dass es gesellschaftspolitisch-kulturelle Fragen sind, die im Vorfeld der Wahl – unabhängig von der tatsächlichen Relevanz einzelner Facetten – die Wahrnehmung der Thüringer/innen prägen.

Trotz dieser Sorgen ist dabei im Vorfeld der Wahl festzustellen, dass die Thüringer/innen insgesamt mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden sind. Sechs von zehn Thüringer/innen (58 Prozent) sind mit der Arbeit der Landesregierung (sehr) zufrieden, vier von zehn üben Kritik (im Vergleich zu 2014: 46 Prozent zufrieden). Dieser im langfristigen Vergleich für Thüringen hohe Wert ist im Ländervergleich allerdings eher moderat und deutet schon auf die sich auch elektoral bestätigte Gefahr einer Regierungsabwahl hin: Ganz mehrheitlich zufrieden sind vor allem Anhänger/innen von Linke und SPD (93 bzw. 87 Prozent), schon Anhänger/innen der Grünen sind skeptisch (58 Prozent zufrieden), Anhänger/innen von CDU und AfD sind erwartungsgemäß mehrheitlich unzufrieden (51 bzw. 78 Prozent unzufrieden). Im Ergebnis zeigt sich hier, dass die Regierung Ramelow – mit nur einer Stimme Mehrheit – letztlich nicht

in der Lage war, trotz stark gestiegener Zufriedenheitswerte im Vergleich zu 2014 (+12 Prozentpunkte) und der vergleichsweise hohen Popularität des Ministerpräsidenten die zunehmende Polarisierung im Land zu überwinden – was sich im Wahlergebnis und den schwierigen Mehrheitsverhältnissen im Land spiegelt.

3.2 Themen und Kompetenzzuschreibung

Im Gegensatz zu den generellen Problemwahrnehmungen (vgl. 3.1) spielen für die konkrete Wahlentscheidung der Thüringer/innen die Themen soziale Sicherheit, Bildung, Löhne/Rente und Wirtschaft eine insgesamt wichtige Rolle (größte/zweitgrößte Rolle: 33-29 Prozent), dazu kommen Fragen der inneren Sicherheit, Umwelt/Klima und Zuwanderung (21-17 Prozent).

Die Relevanz der einzelnen Themen für die Wahlentscheidung verteilt sich dabei zwischen den Parteianhänger/innen unterschiedlich. Für Anhänger/innen der Linken sind vor allem die Themen Soziale Sicherheit, Bildung und Löhne/Rente prägend (46-27 Prozent), gefolgt von Wirtschaft/Arbeit, Umwelt/Klima sowie Kriminalität/innere Sicherheit (22-16 Prozent). In ähnlicher Weise zeigen sich die Präferenzen der SPD-Anhänger/innen (mit geringerer Bedeutung von Bildungsfragen). Bei Anhänger/innen der CDU sind vor allem Bildung, Wirtschaft/Arbeit und Soziale Sicherheit wichtig (37-33 Prozent). Bei der AfD dominieren die Themen Zuwanderung (53 Prozent), gefolgt von Kriminalität/innere Sicherheit (42 Prozent) und Löhne/Rente (32 Prozent). Wenig überraschend auch die Präferenzen der Grünen-Anhänger/innen: Für diese sind vor allem Umwelt/Klima (69 Prozent) und Bildung (40 Prozent) wahlentscheidend.

Nicht nur die Themenpräferenzen sind entlang der Interessen der Parteianhänger/innen unterschiedlich, auch die zugeschriebenen Parteikompetenzen variieren entlang parteispezifischer Kernkompetenz-Muster. Die Linke hat in ihren zentralen Kompetenzfeldern – gute Familienpolitik, gute Schul-/Bildungspolitik sowie (mit Abstand) Wirtschaftspolitik/Arbeitsplätze sichern und schaffen – als Regierungspartei noch einmal an Kompetenzzuschreibung gewonnen. Damit wird deutlich, dass die Partei nicht nur von Bodo Ramelow als Ministerpräsident, sondern auch von der Regierungsarbeit insgesamt profitiert. Anders hingegen das Bild bei SPD und Grünen, beide verlieren deutlich in den jeweils relevanten Feldern. Bei der SPD sind dies etwa die Bereiche Familienpolitik und Schul-/ Bildungspolitik, die Verluste in diesen Feldern korrespondieren zumindest partiell mit den Zugewinnen der Linken. Bei den Grünen, traditionell stark im Bereich Umweltpolitik, zeigt sich selbst in diesem Kernkompetenzfeld ein Rückgang in der Kompetenzzuschreibung (41, zuvor 49 Prozent) – was einerseits der Landesregierungstätigkeit geschuldet sein kann, zum anderen aber auch mit der Polarisierung in diesem Politikfeld zu tun haben dürfte: Hier punktet nunmehr auf die AfD, die sich als Gegenpol der Grünen auch in diesem Feld zu positionieren weiß. Darüber hinaus werden der AfD vor allem Kompetenzen in den Feldern Kriminalitätsbekämpfung sowie Asyl- und Flüchtlingspolitik zugeschrieben, aber auch wie bereits angedeutet die Kompetenz, die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten (16 Prozent; Linke: 40 Prozent). Das Kernprofil der CDU, wie auch (auf deutlich niedrigerem Niveau) der FDP, ist der Bereich Wirtschaftspolitik/Arbeitsplätze, wobei die CDU deutliche Verluste in den Kompetenzzuschreibungen hinnehmen muss.

Das heißt in der Gesamtbetrachtung: Die Linke kann ihre Kompetenzzuschreibungen als Regierungspartei überwiegend ausbauen, die kleinen Regierungspartner SPD und Grüne sowie die CDU als vormals größte Oppositionspartei verzeichnen insbesondere, aber nicht nur, in ihren Kernthemen massive Verluste in der Kompetenzzuschreibung. Bedenklich ist dabei zudem der Befund, dass fast jede/r fünfte Wähler/in keiner Partei zutraut, die wichtigsten Aufgaben in Thüringen zu lösen (2019: 18 Prozent; 2014: 20 Prozent keine Partei/weiß nicht).

4 Wahlverhalten im Detail

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen, die in dieser Schnellanalyse nicht im Detail nachgezeichnet werden können. Gleichwohl können einzelne Aspekte herausgestellt werden (Datengrundlage: infratest dimap Exit Poll²).

4.1 Motive der Wahlentscheidung

Eine Wahlentscheidung erfolgt nicht immer aus Überzeugung für eine Partei, sondern oft auch aus Enttäuschung gegenüber allen anderen Parteien. Dabei zeigen sich kaum Unterschiede zur Wahl 2014, auch in diesem Jahr haben 60 Prozent ihre Wahlentscheidung aus Überzeugung getroffen. Enttäuschung ist vor allem für Wähler/innen der AfD sowie der FDP ein wichtiger Faktor, bei allen anderen Parteien überwiegt die Überzeugung für die jeweils gewählte Partei deutlich.

Allerdings ist die AfD für viele Wähler/innen auch keine reine Protestpartei: Rund vier von zehn AfD-Wähler/innen geben an, die AfD aus Überzeugung zu wählen – und dies im Falle der Thüringen-AfD, die sich im AfD-Spektrum am klar rechten Rand positioniert. Dabei ist die AfD wählerseitig eine gesplante Partei: Ein inhaltlich überzeugter, rechter Wähler/innen-Flügel steht einem Protestwähler/innen-Anteil gegenüber. So sind 52 Prozent der AfD-Wähler/innen der Meinung, dass sich die AfD nicht ausreichend von rechtsextremen Positionen abgrenzen würden (infratest dimap Vorwahlbefragung); ähnlich umstritten ist auch der extrem polarisierende AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke, den gerade einmal 51 Prozent der AfD-Anhänger/innen als den „richtigen Kandidaten“ ansehen. Unabhängig davon sehen jedoch 88 Prozent der AfD-Anhänger/innen die AfD als einzig mögliche Protestpartei gegenüber der vorherrschenden Politik an – was im Falle Thüringens mit einer ministerpräsidentenstellenden Linken nicht verwunderlich ist, da sonst die Linke lange Zeit als Protestpartei fungierte.

Grüne und Linke profitieren bei dieser Wahl von Wähler/innen aus Überzeugung. Bei der Linken zeigt sich aber auch die neue Bedeutung des Spitzenkandidaten, der für 38 Prozent (+16 Prozentpunkte) für die Wahlentscheidung maßgeblich ist. Hier zeigt sich, dass die Wahl vor allem auch eine Wahl des Ministerpräsidenten darstellt. Darüber hinaus ist erkennbar, dass langfristige Parteibindungen eine nur geringe Rolle spielen. Dies ist gerade für Wahlen in Ostdeutschland kein überraschender Befund, da Parteibindungen im ostdeutschen Elektorat weit geringer ausgeprägt sind als im westdeutschen Raum.

In Verbindung mit den oben genannten Themenpräferenzen und Kompetenzzuschreibungen wird damit deutlich, dass Landtagswahlen eben auch und vor allem von landesspezifischen Aspekten geprägt werden – etwa der Beliebtheit des Ministerpräsidenten, der Zufriedenheit mit der Landesregierung, den lokalen Parteienwettbewerbsbedingungen und den Persönlichkeiten sowie dem Profil der Landesparteien. Dabei sind diese Wahlen aber auch nicht völlig vom bundespolitischen Kontext entkoppelt, sowohl was generelle Thementrends als auch bundespolitische Parteitrends betrifft. Es ist die nicht immer klar zu trennende Verbindung beider Ebenen, die letztlich über Erfolg und Nichterfolg entscheidet. Für die Linken ist in diesem Fall die Landesebene prägend (Amtsbonus Ramelow), CDU und SPD leiden auch, aber nicht nur

² Datenbasis liefert eine Exit Poll von infratest dimap in 200 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken. Am 27. Oktober wurden dort von insgesamt 24.024 Wählern Informationen zu deren Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 3.811 Wählern darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien. Das Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab. Das Modell berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechselln.

durch den bundespolitischen Trend. SPD und Grüne bestätigen den Befund vorheriger Wahlen, dass Junior-Regierungsparteien gerade bei starken Ministerpräsidenten nur mit Mühe eigene Themen setzen und ihren Wahlerfolg sichern können. Bei den Grünen dürfte hingegen der gute Bundestrend geholfen haben, trotz strukturell schwieriger Bedingungen in Thüringen das relative Ergebnis insgesamt zu stabilisieren und so zumindest den Wiedereinzug in den Landtag erreicht zu haben.

Tabelle 3: Motive der Wahlentscheidung

	Gesamt	Linke	AfD	CDU	SPD	Grüne	FDP
Wahl aus...							
Überzeugung	60 +1	72 +16	39 +2	68 -4	65 +4	77 +13	49 -7
Enttäuschung	34 0	23 -15	53 -4	26 +5	29 -2	18 -12	46 +7
Wahl wegen...							
Spitzenkandidat/in	25 +4	38 +16	13 +2	29 +3	22 -3	9 -5	17 -3
Sachlösungen	57 0	49 -14	72 -9	40 -2	54 +5	76 +18	69 +14
Parteibindung	15 -4	13 -2	8 +3	25 -1	22 +2	15 -13	13 -13

Angaben in Prozent; Grün: Differenzen zu 2014 in Prozentpunkten; Fragen: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind/ von anderen enttäuscht sind? Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

4.2 Wählerwanderung

Eine detaillierte Darstellung der Wählerwanderung anhand des Modells von infratest dimap ist im Anhang aufgeführt. Bei dieser Wahl waren 1.729.146 Wahlberechtigte aufgefordert, über die Zusammensetzung des Landtages abzustimmen (-83.224). Von ihrem Wahlrecht machten 1.121.948 Bürger/innen Gebrauch (+167.021). Die Wahlbeteiligung stieg in allen 44 thüringischen Wahlkreisen, insbesondere in Ost-Thüringen und in Gegenden mit leicht schrumpfender Bevölkerung. Im Wanderungsmodell profitierte die AfD am meisten von der gestiegenen Wahlbeteiligung, im Saldo mobilisierte sie mehr Nichtwähler/innen als Linke und SPD zusammen.

Betrachtet man die Wanderungen zwischen den Parteien, so zeigen sich unterschiedliche Dynamiken. Die Linke verlor im Saldo an die AfD, konnte diese Verluste aber durch die Ansprache von früheren CDU- und SPD-Wähler/innen sowie ehemaligen Nichtwähler/innen mehr als kompensieren. Die AfD profitierte zudem besonders vom Wechsel früherer CDU-Wähler/innen (sowie Linke, SPD und Kleinstparteien), vor allem aber von der Mobilisierung früherer Nichtwähler/innen. Die CDU verlor vice versa vor allem an AfD und Linke, wohingegen die SPD vor allem an die Linke und nur in geringerem Umfang an die AfD verloren hat. Die Grünen konnten zwar insgesamt mehr Wähler/innen als 2014 gewinnen, vor allem durch ehemalige CDU-Wähler/innen und in geringerem Maße auch durch die Nichtwählermobilisierung. Dagegen stehen aber größere Verluste an die Linke. Die FDP schließlich konnte einen Stimmenzuwachs vor allem durch Nichtwähler/innen-Mobilisierung und ehemalige CDU-Wähler/innen erlangen. Lohend ist darüber hinaus auch ein Blick auf Veränderungen durch Generationeneffekte, also durch Erstwähler/innen bzw. Verstorbene. Hier zeigt sich, dass lediglich Grüne und FDP im Saldo mehr Erstwähler/innen gewinnen als sie durch Alterseffekte verlieren. Linke, CDU und SPD verzeichnen hingegen deutliche Verluste durch die Alterung ihrer Wählerschaft. Bei der AfD zeigen sich durch ihr junges Parteialter noch keine Effekte.

4.3 Soziodemographische Befunde

Damit stellt sich direkt die Frage nach soziodemografischen Befunden bei dieser Wahl. Beginnend mit dem Alter zeigt sich, dass passend zu den Generationeneffekten Linke, CDU und SPD in den älteren Kohorten besonders viel Zuspruch finden. So finden in der Gruppe 60+ die Linke immerhin 40 Prozent, CDU 24 und SPD noch 10 Prozent Zustimmung, wohingegen alle

drei Parteien bei den jüngeren Kohorten unterdurchschnittlich reüssieren. Grüne und FDP finden hingegen bei den jüngsten Wähler/innen die größte Zustimmung (auch wenn diese Wählergruppen weit weniger Personenstark sind als die älteren Gruppen), und auch die AfD ist bei jüngeren, vor allem aber Wähler/innen mittleren Alters überdurchschnittlich erfolgreich. Weit hin typische Muster zeigen sich auch hinsichtlich Geschlecht und Bildung. Während die Grünen etwas vorrangig von Frauen und formal Hochgebildeten gewählt werden, schneidet die AfD vor allem bei Männern und formal Mittel- bzw. Niedriggebildeten stark ab. SPD und FDP zeigen keine Geschlechterdifferenzen im Wahlerfolg, Linke und CDU sind bei Frauen etwas stärker als bei Männern. Bemerkenswert: Die Linke schneidet bei formal Hoch- und Niedriggebildeten besser ab als bei Mittelgebildeten (so auch die SPD), wohingegen die CDU bei Niedriggebildeten über- und die FDP bei dieser Gruppe unterdurchschnittlich abschneidet. Mit Blick auf Beruf und die persönliche wirtschaftliche Lage zeigt sich: Die Linke ist die Partei der Angestellten und Rentner/innen, die AfD der Arbeiter/innen und Selbstständigen, die CDU wird überdurchschnittlich von Beamten/innen gewählt. Für die Grünen sind Angestellte, Beamte und Selbstständige wichtige Wählermilieus, für die SPD Beamte und Rentner/innen und für die FDP die Selbstständigen. Wie bereits berichtet, wird die eigene persönliche wirtschaftliche Lage in Thüringen überwiegend positiv bewertet. Diejenigen, die mit ihrer Lage unzufrieden sind, tendieren dabei klar zur AfD – nur diese Partei erzielt in der Gruppe der Unzufriedenen deutlich bessere Zustimmungswerte als in der Gruppe der Zufriedenen (Gleichstand bei SPD, ansonsten höhere Zustimmung bei Zufriedenen bei Linke, CDU, Grünen und FDP). Damit zeigen sich soziodemographisch keine unerwarteten Verwerfungen oder Überraschungen, und es bestätigt sich der Eindruck, dass die AfD einerseits aus ideologischer Überzeugung, andererseits aber auch aus Enttäuschung und oder Unzufriedenheit gewählt wird.

4.4 Regionale Befunde

Diese Enttäuschung bzw. Unzufriedenheit fußt in Thüringen nicht zuletzt auf der Tatsache, dass Thüringen insgesamt eine schrumpfende Region ist. Im Vergleich zur letzten Wahl 2014 hat die Bevölkerung und damit die Zahl der Wahlberechtigten abgenommen. Trotz insgesamt guter wirtschaftlicher Lage (und bspw. geringer Arbeitslosigkeit) besteht im ländlich geprägten Thüringen daher die Wahrnehmung, dass sich einzelne Facetten der Infrastrukturen und Versorgungsangebote im (ländlichen) Raum verschlechtert haben (vgl. 3.1), was nicht zuletzt Bodo Ramelow im Zuge seiner „Kümmerer-Strategie“ während seiner Regierungszeit sowie im Wahlkampf strategisch besetzt hat. Insofern gilt es abschließend, auch räumliche Aspekte der Wahl zu berücksichtigen.

Vergleicht man zunächst einmal städtische und ländliche Räume (Land: bis 20.000; Stadt: 100.000+) in Verbindung mit Geschlechter- und Altersaspekten (bis 34 / 60+), dann zeigen sich nach ersten Analysen bereits sichtbare Unterschiede (hier und nachfolgend: infratest dimap Wahlberichterstattung). So schneiden die Grünen in urbanen Gegenden bei jungen Wähler/innen (bis 34 J.) deutlich besser ab, wohingegen die AfD zwar ebenfalls bei jüngeren, aber im ländlichen Raum lebenden Wähler/innen überdurchschnittlich gut abschneidet. Die CDU wird in beiden Altersgruppen auf dem Land stärker gewählt als in den Städten, bei der Linken sind nur bei den jüngeren Wähler/innen starke Stadt-Land-Unterschiede (zu Gunsten der Stadt) erkennbar. Dies zeigt: Jüngere Wähler/innen auf dem Land tendieren häufiger zur AfD, in den urbanen Räumen zu Linke und Grünen. Für SPD und FDP sind hingegen keine relevanten Stadt-Land-Differenzen erkennbar.

Eine weitere Differenzierung zeigt sich entlang leicht, moderat und stark schrumpfender Regionen in Thüringen. Auch hier zeigen sich deutlich Differenzen. In leicht schrumpfenden Regionen erzielen vor allem die Grünen stark überdurchschnittliche Ergebnisse (9,8 zu 4,0-3,5 Prozent), wobei in diesen Gebieten auch die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich ausfällt (69,5 zu 64,1 bzw. 63,2 Prozent). In moderat schrumpfenden Regionen profitiert die CDU

deutlich (23,2 zu 19,8 (leicht) bzw. 21,7 (stark schrumpfend) Prozent), in stark schrumpfenden Regionen die AfD (25,9 zu 17,8 bzw. 24,2 Prozent). Für SPD und FDP zeichnen sich gegenläufige Muster ab, beide schneiden in leicht schrumpfenden Regionen etwas besser ab als in moderat bzw. stark schrumpfenden Regionen. Bemerkenswert ist die Linke: Diese schneidet sowohl in leicht wie stark schrumpfenden Regionen besser ab als in moderat schrumpfenden.

Zusammengefasst fügt sich dieser Befund in Verbindung mit den Wähler/innen-Befragungen und den Stadt-Land-Differenzen zu einem kohärenten Bild: Während die Grünen in urbanen, in der Regel weniger stark schrumpfenden Regionen punkten, kommt die AfD in schrumpfenden, ländlichen Räumen zum Zug und punktet hier mit dem Gefühl des regionalen Abgehängenseins. Der Linken mit Ministerpräsident Ramelow ist es, und dies ist für einen Wahlerfolg nicht unwesentlich, gelungen, sowohl in stark schrumpfenden Regionen als „Kümmerer“ als auch in nur leicht schrumpfenden Regionen als „linke Regierungskraft“ zu überzeugen.

5 Anhang: Wählerwanderung im Detail

Wählerwanderung Linke

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	27.000	4.000	23.000
SPD	27.000	7.000	20.000
AfD	2.000	18.000	-16.000
Grüne	12.000	3.000	9.000
FDP	4.000	3.000	1.000
Andere	3.000	5.000	-2.000
Parteien (Summe)	75.000	40.000	35.000
Nichtwähler/innen	60.000	7.000	53.000
Erstwähler/Verstorbene	10.000	29.000	-19.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	11.000	9.000
Weitere Gruppen (Summe)	90.000	47.000	43.000
Wählerströme insgesamt	165.000	87.000	78.000
Wählerstamm	178.000	178.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	343.000	265.000	78.000

Wählerwanderung AfD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	37.000	1.000	36.000
Linke	18.000	2.000	16.000
SPD	8.000	1.000	7.000
Grüne	1.000	0	1.000
FDP	1.000	1.000	0
Andere	15.000	2.000	13.000
Parteien (Summe)	80.000	7.000	73.000
Nichtwähler/innen	81.000	3.000	78.000
Erstwähler/Verstorbene	7.000	7.000	0
Zu-/Fortgezogene	14.000	6.000	8.000
Weitere Gruppen (Summe)	102.000	16.000	86.000
Wählerströme insgesamt	182.000	23.000	159.000
Wählerstamm	77.000	77.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	259.000	100.000	159.000

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
Linke	4.000	27.000	-23.000
SPD	8.000	8.000	0
AfD	1.000	37.000	-36.000
Grüne	1.000	6.000	-5.000
FDP	2.000	13.000	-11.000
Andere	4.000	5.000	-1.000
Parteien (Summe)	20.000	96.000	-76.000
Nichtwähler/innen	46.000	16.000	30.000
Erstwähler/Verstorbene	6.000	27.000	-21.000
Zu-/Fortgezogene	6.000	14.000	-8.000
Weitere Gruppen (Summe)	58.000	57.000	1.000
Wählerströme insgesamt	78.000	153.000	-75.000
Wählerstamm	161.000	161.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	239.000	314.000	-75.000

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	8.000	8.000	0
Linke	7.000	27.000	-20.000
AfD	1.000	8.000	-7.000
Grüne	3.000	4.000	-1.000
FDP	0	3.000	-3.000
Andere	0	1.000	-1.000
Parteien (Summe)	19.000	51.000	-32.000
Nichtwähler/innen	21.000	7.000	14.000
Erstwähler/Verstorbene	2.000	12.000	-10.000
Zu-/Fortgezogene	7.000	5.000	2.000
Weitere Gruppen (Summe)	30.000	24.000	6.000
Wählerströme insgesamt	49.000	75.000	-26.000
Wählerstamm	42.000	42.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	91.000	117.000	-26.000

Wählerwanderung Grüne

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	6.000	1.000	5.000
Linke	3.000	12.000	-9.000
SPD	4.000	3.000	1.000
AfD	0	1.000	-1.000
FDP	0	1.000	-1.000
Andere	0	3.000	-3.000
Parteien (Summe)	13.000	21.000	-8.000
Nichtwähler/innen	6.000	3.000	3.000
Erstwähler/Verstorbene	6.000	3.000	3.000
Zu-/Fortgezogene	10.000	4.000	6.000
Weitere Gruppen (Summe)	22.000	10.000	12.000
Wählerströme insgesamt	35.000	31.000	4.000
Wählerstamm	22.000	22.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	57.000	53.000	4.000

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	13.000	2.000	11.000
Linke	3.000	4.000	-1.000
SPD	3.000	0	3.000
AfD	1.000	1.000	0
Grüne	1.000	0	1.000
Andere	4.000	1.000	3.000
Parteien (Summe)	25.000	8.000	17.000
Nichtwähler/innen	14.000	1.000	13.000
Erstwähler/Verstorbene	4.000	2.000	2.000
Zu-/Fortgezogene	3.000	1.000	2.000
Weitere Gruppen (Summe)	21.000	4.000	17.000
Wählerströme insgesamt	46.000	12.000	34.000
Wählerstamm	10.000	10.000	
Wähler/innen 2019 und 2014	56.000	22.000	34.000

Quelle: ARD/InfraTest dimap Wahlberichterstattung.

Der Autor

Dr. Sebastian Bukow ist Referent für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind insbesondere Parteiorganisations-, Parteiensystem- und Parlamentsforschung. Darüber hinaus ist Sebastian Bukow u.a. als Sprecher des AK Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft engagiert sowie Research Fellow am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung Düsseldorf.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow **E** bukow@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.40>

Erscheinungsdatum: Oktober 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.